

niedersachsen *magazin*

Januar/Februar 2020 ■ 82. Jahrgang

*NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion*



Personalrats- wahlen im Visier

Seite 4 <

Festveranstaltung
Landesgewerk-
schaftstag 2019

Seite 4 <

Personalrats-
wahlen

Seite 8 <

Politische
Gespräche



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das neue Jahrzehnt ist erst wenige Tage alt und daher darf ich Ihnen auf diesem Wege zunächst ein frohes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2020 wünschen! Ich hoffe sehr, dass Sie die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel genießen und besinnlich feiern konnten.

Nun stehen wir vor einem neuen Jahr, einem neuen Jahrzehnt und sind gespannt, was diese Zeit für uns als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bringen wird!

Dabei haben mich vor allem die ersten Bilder und Nachrichten des neuen Jahres erneut betroffen gemacht.

So sind es unsere Einsatzkräfte aus Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und unsere Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern durchaus gewohnt, dass die Silvesternacht eine hektische und arbeitsintensive Dienstschrift bedeutet. Gleichzeitig verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass die Belastungen Jahr für Jahr ansteigen – sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen zunehmend den Realitäten unserer Spaßgesellschaft gegenübersehen.

Ausdrücklich befürworte ich auch weiterhin das Böllerverbot, das in verschiedenen niedersächsischen Innenstädten bei diesem Jahreswechsel erneut Wirkung zeigte. Gleichzeitig muss darauf hingewiesen werden, dass wieder zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Polizei in den Einsatz gehen mussten, um Garant für die Einhaltung dieser Verbotszonen zu sein. Darüber hinaus wurden in Niedersachsen erneut Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr mit Feuerwerkskörpern angegriffen und attackiert.

Und die Nachrichten, die uns anlässlich dieses Jahreswechsels aus Leipzig erreichten, machen deutlich, an welchem Punkt Teile dieser Gesellschaft mittlerweile in ihrem Umgang mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes angekommen sind. Die Verrohung der Sitten, das Nichtabwenden von Gewalt – gleichzeitig aber das politische Selbstverständnis Einzelner, die rechtmäßiges Handeln des Rechtsstaates als eigentliche Ursache widersinniger Gewaltexzesse ausmachen – führen zur Sprachlosigkeit.



Alexander Zimbehl
1. Landesvorsitzender

So bleibt aus meiner Sicht zu Beginn dieses neuen Jahrzehnts ein vergleichsweise einfaches wie auch gleichzeitig umfassendes Resümee dieser Entwicklungen.

Wir brauchen jetzt und umgehend einen Pakt für die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes! Sowohl in den Blaulichtorganisationen als auch in der Verwaltung, der Bildung und allen Bereichen, die im direkten Kontakt mit dieser Gesellschaft stehen.

Ich bin daher der Spitze des dbb dankbar dafür, dass von verschiedenen Seiten genau darauf jetzt nachhaltig hingewiesen und entsprechender politischer Druck ausgeübt wurde. Dieser Weg muss genau so weitergehen – auf Ebene des Bundes und aller beteiligten Länder.

Insgesamt bin ich überzeugt davon, dass die bedenklichen Entwicklungen des öffentlichen Dienstes ein politisches Kernthema der kommenden Jahre sein werden. Wer in diesem Land politische Verantwortung übernehmen möchte, wird sich weder vor den gesellschaftlichen Entwicklungen noch aber vor allem vor den Realitäten des öffentlichen Dienstes wegduckeln können.

Schon jetzt nehmen die Bürgerinnen und Bürger den Personalnotstand im öffentlichen Dienst zunehmend wahr, fühlen sich weniger geschützt, stellen die Überforderung der Verwaltung, der Justiz, der Pflege und der Bildungseinrichtungen fest – um nur einige Bereiche beispielhaft aufzuzählen.

Als Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion werden wir die niedersächsische Landespolitik gerade in diesem Jahr noch deutlicher und nachhaltiger daran erinnern, wo im öffentlichen Dienst der Schuh drückt. Landespolitik hat die Chance, auf die Missstände des öffentlichen Dienstes zu reagieren – die Wählerinnen und Wähler haben dabei eine ziemlich klare Erwartungshaltung.

Ihr und Euer



Alexander Zimbehl
1. Landesvorsitzender

<p>Impressum Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. Telefon: 0511.3539883-0. Telefax: 0511.3539883-6. E-Mail: post@nbb.dbb.de. Internet: www.nbb.dbb.de. Bankverbindung: BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. Redaktion: Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Kamber (Landesgeschäftsführerin). Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar. Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.</p>	<p>Titelfoto: © pixabay Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Layout: Dominik Allartz. Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannan, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Christiane Polk, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 24, gültig ab 1.10.2019. Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.</p>
--	---



Sonderzahlungen für Beamte ab 2020

Mit dem am 19. Dezember 2019 verabschiedeten Haushaltsbegleitgesetz 2020 wurden die Sonderzahlungen für aktive Beamtinnen und Beamte wieder eingeführt beziehungsweise erhöht. Für die Besoldungsgruppen A 5 bis A 8 wurde die Sonderzahlung auf 920 Euro erhöht, ab A 9 werden 300 Euro gezahlt, Anwärter erhalten 150 Euro. Ebenfalls erhöht wurde die Kinderkomponente, die sowohl die aktiven Beschäftigten als auch die Versorgungsberechtigten erhalten. Für das erste und zweite Kind werden 170 Euro gezahlt, für das dritte und jedes weitere Kind 450 Euro.

Erstmals werden die Sonderzahlungen im Dezember 2020 gezahlt. Das Gesamtvolumen beträgt circa 40 Millionen Euro.

Der NBB kämpft für die Versorgungsberechtigten!

Nicht umgesetzt wurde, trotz vieler Gespräche mit den politischen Entscheidungsträgern, die Forderung des NBB, auch für die

Versorgungsberechtigten wieder die Sonderzahlung einzuführen. An der Umsetzung dieser Forderung wird weiter gearbeitet!

Hinsichtlich des Abstandsgebotes, das zu den vom Gesetzgeber zu beachtenden hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums nach Art. 33 Abs. 5 des Grundgesetzes zählt, ist das Finanzministerium der Auffassung, dass mit dieser Regelung keine „dauerhafte Einebnung“ der Abstände zwischen den Besoldungsgruppen im Sinne der Rechtsprechung gegeben ist. Dies wird zum einen damit begründet, dass beim Anfangsgrundgehalt noch ein fiktiver Abstand von mindestens 100 Euro besteht, und zum anderen der bisherige Sonderzahlungsbetrag im Bereich der unteren Besoldungsgruppen mehr als verdoppelt wurde. Dies auch unter der Prämisse, dem gebotenen Mindestabstand zwischen Besoldung und sozialhilferechtlichem Grundbedarf Rechnung zu tragen (fortlaufende Gewährleistung der Einhaltung des erforderlichen Mindestabstands von 115 Prozent). (Siehe LT-Drucksache 18/5403.)

Erhöhung des Zuschlags bei begrenzter Dienstfähigkeit

Wie bereits mehrfach berichtet, hat das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 28. November 2018 das Land Niedersachsen verpflichtet, bis zum 1. Januar 2020 eine verfassungskonforme Regelung hinsichtlich der Höhe des Zuschlags bei begrenzter Dienstfähigkeit zu treffen.

Mit dem neu gefassten § 12 Niedersächsisches Besoldungsgesetz (NBesG) wird dem Rechnung getragen. Die neue Höhe des Zuschlags beträgt künftig 50 Prozent des Differenzbetrages zwischen den Vollzeit- und Teilzeitbezügen. Sie ist angelehnt an das sogenannte „Thüringer Modell“, das es in sieben weiteren Bundesländern gibt und sowohl seitens des Bundesverwaltungsgerichts als auch in einem aktuellen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts als verfassungskonform angesehen wird.

Für Beamtinnen und Beamte, denen nach dem bis zum 31. Dezember 2019 geltenden Recht ein höherer Zuschlag zugestanden hätte, gibt es gemäß § 12 Abs. 3 NBesG eine Übergangsregelung.

Für anhängige Widersprüche sieht § 12 Abs. 4 NBesG vor, dass bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen der höhere Zuschlag auf diese Zeiträume gewährt wird.

Zur Zahlung teilt das NLBV auf seiner Website mit: „Da mit der technischen Umsetzung dieser Regelungen erst nach Abschluss des gesetzgeberischen Verfahrens begonnen werden konnte, können die erforderlichen Umstellungen und die Zahlung des neuen Zuschlags zur Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit voraussichtlich erst mit der Bezügezahlung für März 2020 rückwirkend ab Januar 2020 vorgenommen werden.“

Änderung der Kriterien bei Erteilung von Vorabauskünften zur Versorgung ab dem 1. Januar 2020

In Niedersachsen gibt es keine im Gesetz verankerte Auskunftspflicht zu Versorgungsanwartschaften. Es besteht aber die Möglichkeit, bei begründetem Interesse Auskünfte über die Höhe beim Niedersächsischen Landesamt für Bezüge und Versorgung zu beantragen.

Die dafür zugrunde liegenden Kriterien wurden ab dem 1. Januar 2020 geändert.

Vorabauskünfte werden nunmehr erteilt:

- > ab Vollendung des 55. Lebensjahres (jedoch nur bis zwölf Monate vor Eintritt in den Ruhestand); soweit bereits eine Auskunft erteilt wurde, müssen seitdem mindestens fünf Jahre vergangen sein oder
- > es besteht Anlass zu der Annahme, dass eventuell in nächster Zeit die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit erfolgt (nur mit vorheriger Bestätigung der Dienststelle) oder

- > eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand in nächster Zeit möglich ist (nur bei Auflösung oder Umbildung von Behörden).

Der entsprechende Vordruck ist auf der Website des NLBV eingestellt.

Es ist zu beachten, dass die erteilte Auskunft umso unsicherer ist, je größer der zeitliche Abstand zum voraussichtlichen Versorgungsbeginn ist, denn eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen ist bis zum Versorgungsbeginn jederzeit möglich, aber unter Umständen nicht absehbar.

Erst wenn Art und Zeitpunkt der Beendigung des aktiven Dienstverhältnisses feststehen, kann unter Einbeziehung der dann für das Ruhegehalt maßgeblichen Besoldungsgruppe und gegebenenfalls der Anrechnung von Vordienstzeiten eine konkrete Aussage getroffen werden.



Personalratswahlen 2020 – Mitbestimmung im öffentlichen Dienst!

Gehen Sie zur Personalratswahl!

Am 10. März 2020 finden in Niedersachsen die Personalratswahlen statt. Die Vorbereitungen dafür sind bereits im vollen Gange. Wir rufen alle Mitglieder des NBB dazu auf, mit ihrem Einsatz eine starke und engagierte Personalvertretung in den Dienststellen und Schulen zu sichern!

Denn nur eine hohe Wahlbeteiligung kann zu starken Personalvertretungen führen.

Die Personalräte leisten hervorragende Arbeit – und dies im Interesse aller Beschäftigten in den Dienststellen.

Liebe Mitglieder, unterstützen Sie diese Arbeit!

Landesgewerkschaftstag 2019 – Festveranstaltung

Im Anschluss an die Arbeitstagung am 4. November 2019 konnte der NBB Ehrengäste aus Politik, Verwaltung und dem dbb zur öffentlichen Veranstaltung begrüßen.

» Begrüßung durch Dr. Peter Specke

Die Festveranstaltung begann mit der Begrüßung durch den 2. Landesvorsitzenden des NBB, Dr. Peter Specke. Dieser sprach bei der Begrüßung der Ehrengäste aus der Landespolitik insbesondere viel Tadel aus. Zunächst wurde der Niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers wegen der zeitlichen Verzögerung der Übertragung

des Tarifiergebnisses getadelt. Kritik gab es auch wegen der inhaltlichen Umsetzung des Tarifiergebnisses – 3,16 Prozent statt 3,2 Prozent – wobei Dr. Peter Specke insbesondere auf eine fehlende Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen hinwies. An den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dirk Toepffer und die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Frauke Heiligenstadt gerichtet machte Dr. Peter Specke ganz deutlich,

dass das Tarifiergebnis „zu wenig“ sei. Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Anja Piel, bekam zunächst großes Lob dafür, dass die Grünen die einzige Fraktion war, welche bei den aktiven Beamten eine „Schippe oben drauf“ gelegt haben. Dem Lob folgte jedoch ein noch größerer Tadel darüber, dass die Grünen die Versorgungsberechtigten bei der Sonderzahlung außen vor gelassen haben. Dies stoße auf erbitterten Widerstand beim NBB. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Stefan Birkner bekam zunächst Lob dafür, dass die FDP immer „dabei“ sei, wenn es um das Thema Bildung ginge. Tadel wurde aber auch hier zum The-

ma Sonderzahlung ausgesprochen. Am Ende seines Grußwortes sprach Dr. Peter Specke einen großen Dank insbesondere an die kommunalen Spitzen aus, welche den NBB im Kampf um die Sonderzahlung immer gut unterstützt haben.

» Grundsatzrede des 1. Landesvorsitzenden

Nach der Begrüßung folgte die Grundsatzrede des neu gewählten 1. Landesvorsitzenden Alexander Zimbehl. In seiner Grundsatzrede fragte er zunächst danach, wie sich unsere Gesellschaft und der Staat zum Ende des Jahrzehnts entwickelt haben und wie sich insbesonde-



© Friedhelm Windmüller (6)



► Thorsten Balster, Alexander Zimbehl, Boris Pistorius und Dr. Peter Specke (von links)

re der öffentliche Dienst derzeit entwickelt. Beim Gedanken an eine Antwort auf diese Fragen, entstünde eher ein Gefühl der Sorge als ein solches der Zufriedenheit, so Alexander Zimbehl. Die Angebote des NBB an die Landespolitik, einen gemeinsamen Weg in ein besseres Niedersachsen zu entwickeln, seien jedoch groß.

Nachstehend einige Ausschnitte aus der Grundsatzrede des 1. Landesvorsitzenden.

► Besoldungspolitik

„Eines der beherrschenden Kernthemen des Niedersächsischen Beamtenbundes ist und bleibt die Besoldungs-, Versorgungs-, Tarif- und Beihilfepolitik. Die Ergebnisse der großen Tarifkommission waren in der Gesamtbetrachtung im Großen und Ganzen zufriedenstellend – zumindest sorgen sie dafür, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weiterhin Anschluss an die Einkommensentwicklung in Deutschland halten. Der dann aber zweite Schritt, meine sehr geehrten Damen und Herren, nämlich die Umsetzung des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten des öffentlichen Dienstes im Land Niedersachsen, hat uns – gelinde ausgedrückt – wenig zufriedengestellt.“

In Zeiten von Großkoalitionären, in denen man erwarten kann, dass dem öffentlichen Dienst schon rein traditionell eine besondere Wertschätzung zuteil wird – in diesen Zeiten trotz guter Haushaltslage unseres Landes derart zu zaudern, zu mauern und die Menschen so lange hinzuhalten – wie wir es

im Frühjahr dieses Jahres erleben mussten – war nach unserer festen Überzeugung nicht der Königsweg politischen Handelns.“

► Sonderzahlung

„Bereits seit deutlich über einem Jahr stellen wir fest, dass das Thema der Wiedereinführung einer Sonderzahlung – nennen wir es Weihnachtsgeld, nennen wir es 13. Monatsgehalt oder gerne auch anders – offensichtlich auch in der niedersächsischen Landespolitik angekommen ist. Wenn ich mir die Gruselliste der Entscheidungen niedersächsischer Landespolitik der letzten dreißig Jahre zum Nachteil des öffentlichen Dienstes ansehe, dann muss es jetzt endlich diese Landesregierung sein, die diese Entscheidungen deutlich korrigiert und dem öffentlichen Dienst in Niedersachsen endlich den Stellenwert gibt, den er verdient!“

Und dazu gehören alle Bereiche des öffentlichen Dienstes:

- die Anwärterinnen und Anwärter,
- die Beamtinnen und Beamten unterer, mittlerer und gerne auch höherer Einkommensgruppen und natürlich
- die Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten.“

► Digitalisierung

„(...) Wenn man sich mit der Jugend und den jungen Menschen auseinandersetzt, dann gelangt man im Ergebnis ziemlich schnell zum Thema Digitalisierung – denn gerade in diesem Punkt, machen viele der jungen Menschen uns noch immer so einiges vor. Was mich aber noch

viel mehr bewegt sind die erstaunten Gesichter, die ich bei vielen Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern wahrnehme, wenn sie in unsere Dienststellen kommen und sich mit den Realitäten der Digitalisierung im öffentlichen Dienst auseinandersetzen müssen.

(...) Die Digitalisierung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaftswelt ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Und mein nach wie vor fester Eindruck ist der – wir belegen im öffentlichen Dienst das Schlusslicht im Vergleich bundesdeutscher Arbeitgeber.“

► Gesellschaftlicher Wandel

„(...) Wir brauchen ein noch deutlicheres Programm und Initiativen sowohl auf der Ebene der Innenminister und -senatoren als auch auf der vergleichbaren Ebene der Justiz. Beleidigungen, Beschimpfungen, Hetze und Gewalt jeglicher Form gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes müssen ein absolutes No-Go sein und es täte dem Bundesland Niedersachsen gut, in dieser Frage und im Bundesvergleich noch deutlicher voranzutreten, als man dieses in ersten Überlegungen bereits getan hat, meine sehr geehrten Damen und Herren!“

► Thomas Hermann (Bürgermeister Hannover)

In seinem Grußwort stellte der Bürgermeister der Stadt Hannover, Thomas Hermann, die bedeutende Rolle starker und mitgestaltender Gewerkschaften in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen, wie beispielsweise Globalisierung und Digitalisierung, hervor. Dies sei auch für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und die Wertung unseres Grundgesetzes wichtig.

Thomas Hermann sprach über die Herausforderungen des öffentlichen Dienstes und die klaren Forderungen des NBB, welche sich insbesondere aus den

Entschliefungen ergeben. Er hob hervor, wie wichtig und richtig er die energischen Forderungen des NBB zum Thema Schutz im öffentlichen Dienst fände. Insgesamt wies er auf die vielseitigen zu bewältigenden Zukunftsaufgaben hin. Zum Schluss lobte Thomas Hermann, dass der NBB durch seinen engagierten Einsatz viel erreicht habe.

► Frauke Heiligenstadt (SPD)

Frauke Heiligenstadt, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, bedankte sich zunächst dafür, dass der NBB immer ein ausgesprochen kompetenter Gesprächspartner ihrer Fraktion gewesen sei. Der NBB sei sehr konstruktiv, was Forderungen, aber auch was Vorgehensweisen und Ideen angehe. Konstruktiv sei insbesondere, dass vom NBB auch Probleme angesprochen und beschrieben würden, welche manchmal für die Landespolitik gar nicht erkennbar seien. So kann neben den „großen“ Baustellen häufig auch an „kleinen“ Rädern gedreht werden und somit können gute Veränderungen herbeigeführt werden.

Frau Heiligenstadt erklärte zum Thema Sonderzuwendung, dass eine verantwortliche Umsetzung, insbesondere in Bezug auf den Haushalt, notwendig war. Sie erklärte aber auch, dass die jetzige Regelung ein „erster Schritt“ sei und die Fraktion bei dem Thema weiter am „Ball“



► Frauke Heiligenstadt



bleibe. Der Dialog mit dem NBB solle beibehalten und auch fortgesetzt werden. Zum Thema „Digitalisierung in der Landesverwaltung“ gab Frau Heiligenstadt zu, dass noch eine Menge getan werden müsse, sie betonte jedoch aber auch, dass bereits zusätzliche Mittel freigegeben wurden und diese nun in die Umsetzung kommen würden. Zum Schluss dankte Frau Heiligenstadt dem NBB und den Mitgliedern des öffentlichen Dienstes dafür, dass diese eine ganz wichtige Stütze der Demokratie seien.

► **Dirk Toepffer (CDU)**

In seinem Grußwort ging auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer auf die Sonderzahlung ein und betonte, dass es ihm auch ein persönliches Anliegen war, dass diese wieder eingeführt werde. Herr Toepffer stimmte dem NBB zwar dahingehend zu, dass die Beträge noch nicht ausreichend seien, betonte aber zugleich, dass eine von Dr. Peter Specke vorgenommene Bezeichnung der Wiedereinführung als „Treppenwitz“ nicht angebracht sei. Hinter der Wiedereinführung habe viel Arbeit gesteckt und für Politiker sei es auch nicht immer einfach, da sie sehr viel Kritik einstecken müssen, wenn sie sich „nach außen“ vor die Beamten stellen würden. Dirk Toepffer erklärte, dass nun ein „Einstieg“ vorläge und dass er mit Blick zum Koalitionspartner sicher sei, dass Einigkeit über eine nunmehr erforderliche Fortsetzung be-

stünde. Insbesondere müsse ein Einstieg bei den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern erfolgen. Er betonte, dass ein Vergleich zu der gesetzlichen Rentenversicherung nicht als Argument hinzugezogen werden könne, denn Beamtinnen und Beamte stehen ganz klar in einem Sonderstaatsrechtsverhältnis. Dieses Treueverhältnis ginge zudem über den aktiven Dienst hinaus. Zum Schluss bedankte sich Dirk Toepffer im Namen der gesamten CDU-Fraktion für den Einsatz des NBB und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

► **Anja Piel (Bündnis 90/Die Grünen)**

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Anja Piel, betonte zu Beginn ihres Grußwortes den hohen Stellenwert gewerkschaftspolitischer Arbeit. Sie sprach das Thema Verrohung der Gesellschaft an und betonte, dass eine gemeinsame Aufgabe dahingehend bestünde, sich dem immer schärfer werdenden Ton gegenüber sich im Einsatz befindenden Personen entgegenzustellen. Zum Thema Digitalisierung sagte Frau Piel, dass es wichtig sei dem NBB zuzuhören, da dieser der Experte sei und genau sagen könne, welche Zeit eine Umsetzung brauche.

► **Dr. Stefan Birkner (FDP)**

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Stefan Birkner betonte zunächst die herausragende Rolle der Beamten in unserer Gesellschaft. Er kritisierte die Regierungskoalition in Hinblick auf die Übertragung der Abschlüsse auf die Beamtenschaft und sprach davon, dass die Opposition immer wieder den Finger in die Wunde legen würde. Es sei nicht nachvollziehbar, dass es eine zeitliche Verzögerung gab und es sei auch nicht verständlich, dass trotz der finanziellen Möglichkeiten statt 3,2 Prozent lediglich 3,16 Prozent festgelegt wurden. Eine Wertschätzung würde da-



► Anja Piel



► Dr. Stefan Birkner

durch nicht vermittelt. Zum Thema der Sonderzahlung sagte er, dass die Forderungen des NBB zwar nachvollziehbar seien, die FDP jedoch ein Modell verfolge, welches die Besoldungsstufen anhebt. Würde die Zahlung in die Besoldungsstufen integriert, wären auch die Versorgungsempfänger einbezogen. Niedersachsen müsse in dem Bereich nachbessern und investieren, um im Wettbewerb mithalten zu können. Dr. Birkner führte zum Thema Digitalisierung aus, dass in Deutschland ein Desaster gegeben sei und die Zeitpläne für die Digitalisierung viel zu ambitionlos seien. Es müsse energischer, schneller und mit mehr Geld gearbeitet werden, damit Deutschland nicht gänzlich den Anschluss verliere.

► **Ulrich Silberbach (dbb Bundesvorsitzender)**

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach forderte von der Politik Taten, um einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst in diesem Staat sicherzustellen. Er sprach davon, dass in diesem Land etwas nicht stimmen würde, wenn beim Dienst am Menschen – für die Menschen – dieser nicht gewürdigt oder gar in Abrede gestellt würde. Gegen die Verrohung der Gesellschaft müssen klare Zeichen gesetzt werden. Mit den unabhängigen Gewerkschaften würde auf der europäischen Ebene für den öffentlichen Dienst eine europaweite Null-Toleranz-Politik gefordert, so Silberbach. Zum Personalmangel im öffentlichen Dienst wies Ulrich Silberbach darauf hin, dass diejenigen, die „die Besten“ haben wollen, diesen auch etwas Besseres bieten müssen. Nachwuchskräften müsse etwas geboten werden, um diese

an den öffentlichen Dienst binden zu können. Zum Hamburger Modell betonte Silberbach, dass dieses systemwidrig sei, und lobte zugleich die Landespolitik in Niedersachsen, dass diese dem Modell nicht folge.

► **Boris Pistorius (Nds. Innenminister)**

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius griff zu Beginn seines Referates das Motto des LGT „Gemeinsam stark“ auf. Er betonte, dass es im Interesse des Staates läge, die Interessen seiner Beamten zu wahren. Der NBB sei auch ein wichtiger Berater der Politik, da aufgezeigt würde, was gut und eben auch nicht gut liefe. Zur aktuellen Entwicklung im öffentlichen Dienst betonte Boris Pistorius, dass die Beamtinnen und Beamten nicht für sich arbeiten, die Arbeit habe vielmehr ganz konkrete Auswirkungen auf die Menschen in ganz Niedersachsen und auch darüber hinaus. Im Bereich der Nachwuchsgewinnung sei ein starker öffentlicher Dienst nötig. Das Land Niedersachsen bildet nun kontinuierlich immer mehr Nachwuchs aus, sodass absehbare Personalabgänge rechtzeitig ersetzt werden können.

Zum Thema flexible Arbeitszeiten und Vereinbarkeit von Beruf und Familie betonte Boris Pistorius, dass der öffentliche Dienst aufgrund der Möglichkeiten im Bereich flexibler Arbeitszeiten ideale Bedingungen für eine solche Vereinbarkeit böte. Mobile Arbeit und Telearbeit tragen ebenfalls dazu bei. Es müsse weniger starre Vorgaben geben, weshalb die Landesregierung derzeit auch die Gleitzeitvereinbarung auf Flexibilisierungspotenzial überprüfe.



► Dirk Toepffer



Boris Pistorius kam auch auf das Thema Digitalisierung zu sprechen. Dadurch ergebe sich für den Staat eine Fülle von Handlungsfeldern. Der digitale Wandel betrifft die kleinste kommunale Einheit genauso wie die Bundesbehörden. Wichtig seien deshalb eine seriöse Planung und eine konsequente Umsetzung. Die Einführung der E-Akte werde beispielsweise den Arbeitsalltag spürbar verändern. Die Digitalisierung werde insgesamt den Arbeitsalltag verbessern, so Boris Pistorius. Klar sei aber auch, dass die Gefahren – wie zum Beispiel die Informationssicherheit – im Auge behalten werden müssen. Die Auswirkungen auf Gesundheit und Arbeitssicherheit müssen frühzeitig erkannt und genau beachtet werden. Neben den enormen Chancen für die individuelle Freiheit durch die Digitalisierung müsse auf die Risiken geachtet werden. Boris Pistorius

betonte, dass die Landesregierung sich den Herausforderungen der Digitalisierung stelle, vor allem indem sie ihre Beschäftigten einbeziehe.

Boris Pistorius sprach über das unverzichtbare Thema „Schutz der öffentlichen Verwaltung“. Er betonte zunächst, dass laut Kriminalstatistik Niedersachsen sehr sicher sei. Zugleich liegt aber eine Verrohung der Sprache vor. Nicht hinnehmbar seien die zunehmenden Anfeindungen, Beleidigungen, Bedrohungen und Hasskommentare. Neben den Angriffen in der realen Welt, seien auch Hasskommentare im Internet zur Tagesordnung geworden. Die Diffamierung von Menschen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, sei völlig inakzeptabel. Es würde aktiv gegen diese Entwicklung vorgegangen, so Pistorius. Es gäbe beispielsweise Regional Konferenzen, auf welchen es

Schulungen gäbe und auch Informationen ausgetauscht würden. Polizeiliche Präsenz würde auch im Internet erhöht, so würde derzeit eine zentrale Stelle beim LKA zur Bekämpfung von Hass im Internet eingerichtet. Es werde aktiv gegen Rechtsextremismus, aber auch Rechtspopulismus vorgegangen. Jegliche Form von Gewalt dürfe niemals akzeptiert werden und Rechtspopulisten sowie Nationalisten haben im öffentlichen Dienst nichts verloren, so Boris Pistorius. Dazu gehöre für Pistorius auch jeder mit dem Gedankengut des sogenannten Flügels der AfD. Er betonte, dass aber niemand unter Generalverdacht gestellt würde und es auch es nicht um die bloße Mitgliedschaft in einer Partei ginge, sondern um konkrete krasse Einzelfälle.

Zum Schluss betonte Pistorius, dass sich gemeinsam denjeni-

gen entgegengestellt werden müsse, welche Angst verbreiten würden. Diese stellen eine ernsthafte Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat dar, alle Relativierungen müssen deshalb ein Ende haben, so Pistorius.

► Big-Band

Die Big-Band des Georg-Büchner-Gymnasiums aus Seelze-Letter begleitete unter der Leitung von Sebastian Scholz die Festveranstaltung mit hervorragenden musikalischen Klängen. Die Schülerinnen und Schüler zeigten viel Leidenschaft beim Musizieren und umrahmten die Festveranstaltung dadurch überzeugend. Wir bedanken uns auch auf diesem Wege nochmals recht herzlich für die gute Zusammenarbeit und die musikalische Leistung bei der Festveranstaltung des LGT 2019!

dbb Jahrestagung 2020 in Köln

Die Delegierten aus Niedersachsen reisten zum Jahresbeginn am 6. und 7. Januar 2020 nach Köln, um dort an der Jahrestagung 2020 des dbb beamtenbund und tarifunion teilzunehmen.

Zum traditionellen gewerkschaftspolitischen Auftakt lud auch dieses Jahr der dbb beamtenbund und tarifunion nach Köln.

Es gab viele interessante Beiträge und Diskussionen. Bundesinnenminister Horst Seehofer betonte in seiner Ansprache, dass auf die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes Verlass sei.

Diskutiert wurde zudem über die gesellschaftlichen Herausforderungen der Bundesrepub-

lik 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble berichtete in seiner Rede als Zeitzeuge über die Wiedervereinigung. Anschließend diskutierte dieser mit Herfried Münkler, Kevin Kühnert und Jens Teutrine.

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet betonte in seiner Rede, dass der öffentliche Dienst mehr Mitarbeiter brauche. Nur mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst könne Deutschland die anstehenden



► dbb Jahrestagung 2020 in Köln

strukturpolitischen Herausforderungen meistern.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey diskutierte bei der dbb Jahrestagung mit Karoline Herrmann (dbb jugend), Martin Horn (Oberbürgermeister Freiburg) und Quang Anh Paasch (Fridays for Future) über die Fra-

ge: Wie „tickt“ die Jugend? Und wie das Engagement von jungen Menschen an politischen Prozessen gestärkt werden könne.

Ausführliche Informationen zu der dbb Jahrestagung finden Sie auf der Website des dbb unter www.dbb.de.



Auftakt zu politischen Gesprächen

Die neue Landesregierung hat nach dem LGT 2019 bereits eine große Zahl von Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen geführt.

Die Wahl einer neuen Landesleitung und eines neuen Landesvorsitzenden bedeuten gleichzeitig den Auftakt für eine Vielzahl politischer Gespräche und Antrittsbesuche, die es im Ergebnis den Verantwortlichen des Niedersächsischen Beamtensbund und Tariftunion ermöglichen, die inhaltlichen Planungen der neuen Wahlperiode des NBB möglichst frühzeitig in den politischen Gremien zu diskutieren.

■ Chef der Staatskanzlei – Dr. Jörg Mielke

So kam der neue 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl zunächst mit dem Chef der Staatskanzlei, Dr. Jörg Mielke, zusammen. In einem ersten Gedankenaustausch schilderte Alexander Zimbehl die vorrangigen Themen, die seitens des NBB und seiner Mitgliedsorganisationen und -verbände derzeit mit der Politik zu diskutieren sind. Einen Schwerpunkt bildeten dabei die Haushaltsbeschlüsse der Landesregierung und die Fragen zu den Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamte. Dabei machte Alexander Zimbehl erneut deutlich, dass es sich nur um einen Einstieg in die Wiedereinführung der Sonderzahlungen handeln könne und insbesondere der Beschluss, dass die Versor-



▶ Alexander Zimbehl und Dr. Jörg Mielke

gungsberechtigten nicht in den Genuss der Sonderzahlungen kommen, aus Sicht des NBB umgehend zu überdenken ist.

Ein weiteres Schwerpunktthema mit Dr. Mielke stellte die Frage der zunehmenden Gewalt gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes dar. Dabei unterstrich der Chef der Staatskanzlei die Auffassung des Ministerpräsidenten und der Landesregierung, dass es intensiver und gemeinsamer Anstrengungen bedürfe, diesen Entwicklungen zum Nachteil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes genauso wie politischer Mandatsträger oder ehrenamtlich Engagierter deutlich entgegenzutreten. Gemeinsam wurde vereinbart, die politischen Möglichkeiten zum Schutze der im öffentlichen Dienst Beschäftigten umgehend intensiv zu erörtern.

■ CDU-Fraktionsvorsitzender Dirk Toepffer

In der Themenauswahl im Wesentlichen deckungsgleich gestalteten sich die bislang erfolgten Gespräche mit den Fraktionsspitzen. So kamen zunächst Alexander Zimbehl und der 2. Landesvorsitzende Dr. Peter Specke mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Dirk Toepffer zusammen und berieten die

vorrangigen NBB-Themen für die kommenden Jahre. Ein Schwerpunkt dieses Gespräches lag dabei in den aktuellen Haushaltsbeschlüssen der Regierungsfractionen und den damit verbundenen Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst. Alexander Zimbehl und Dr. Peter Specke machten nachhaltig deutlich, wie dringend eine politische Unterstützung erforderlich ist, um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen beizubehalten. Sowohl mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden wie auch mit allen anderen Gesprächspartnern konnte hierzu grundsätzliche Übereinstimmung erzielt werden.

■ Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Die weiteren Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien Bündnis 90/Die Grünen, sowie der FDP erfolgten ebenfalls in betont angenehmer und in vielen Punkten übereinstimmender Atmosphäre.

So führten zunächst Alexander Zimbehl und Dr. Peter Specke mit der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Anja Piel, sowie mit der Sprecherin für Wissenschafts- und Hochschulpolitik, Eva Viehoff, ein Gespräch über den aktuellen Zustand des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen. Dabei machten beide Politikerinnen der Grünen unter anderem



▶ Alexander Zimbehl, Dirk Toepffer und Dr. Peter Specke



▶ Alexander Zimbehl, Anja Piel, Dr. Peter Specke und Eva Viehoff

deutlich, wie wesentlich für sie die Frage nach deutlich mehr Schutz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sei. Überdies standen auch bildungs- und besoldungspolitische Fragen im Fokus dieses Gespräches.

■ FDP-Fraktion

Noch am selben Tag hatte Alexander Zimbehl dann ein Gespräch mit dem niedersächsischen FDP-Landesvorsitzenden Dr. Stefan Birkner und dem Sprecher für Recht, Verfassung, Justizvollzug und Innenpolitik, Marco Genthe. So spielten hier neben den bekannten Themen auch innen- und justizpolitische Fragen eine besondere Rolle. Intensiv erörtert wurde die Situation in der niedersächsischen Justiz, sowohl im Justizvollzug als auch in den Justizbehörden und in der Gerichtsbarkeit.

■ Künftige Gespräche

Das bereits vereinbarte Gespräch mit der SPD-Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder musste kurzfristig verschoben werden und wurde für Mitte Januar neu terminiert. Zudem ist für Ende Januar ein Termin mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil vereinbart. Über die Inhalte berichten wir in der kommenden Ausgabe des niedersachsen magazin. ■



▶ Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Alexander Zimbehl